

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 10

Vorwort: Mehr Mündigkeit, auch im Gesundheitswesen
Autor: Nef, Robert

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EDITORIAL

Robert Nef

Mehr Mündigkeit, auch im Gesundheitswesen ... 1

ZU GAST

Arnulf Baring

Die Rede von der Zukunft 3

POSITION

Ulrich Pfister

Neue und alte Konstellationen in der Parteien-
landschaft 4

IM BLICKFELD

Horst Feldmann

Zehn Jahre Transformation von der Plan-
zur Marktwirtschaft 5

Anette Bingemer

Frieden im Nahen Osten? 9

Lutz Windhöfel

Qualität und Vision

Zur neuen Architekturentwicklung in und
um Basel. Ein Vorabdruck 12

DOSSIER

**Gesundheitswesen: Rationalisierung
oder Rationierung?**

Hartmut Kliemt

Gibt es ein Recht auf Gesundheit? 18

Robert Nef

Krankenversicherung für mündige Menschen

Walter Krämer

Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen 29

Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte
e.V. zur Diskussion um die Weiterent-
wicklung des deutschen Gesundheitswesens
Eckpunkte zur Neustrukturierung des
Gesundheitswesens 34Charles B. Blankart/Ulrich Kameckel/
Christian Kirchner

Organspenden und Solidarität

Das neue Transplantationsgesetz:

Wie es gerecht und effizient sein könnte 35

Robert Heinrich Bider

Mehr Versorgungsqualität und mehr Wirtschaft-
lichkeit

Vom öffentlichen Nutzen privater

Kliniken 41

KULTUR

Michael Wirth

Den Bruch in der Zeit darstellen

Zu seinem siebzigsten Geburtstag legt Jörg

Steiner den Roman «Wer tanzt schon zu

Musik von Schostakowitsch» vor 45

Rainer Moritz

Kult um einen Dirigenten

Urs Widmers «sympathischer» Roman einer

unerfüllten Liebe 46

SACHBUCH

Robert Nef

Politische Ideengeschichte für Connaissseure 48

TITELBILD 11

BUCHHINWEIS 50

GEDICHTE

10 Jahre Deutsche Wiedervereinigung

Zu den Gedichten von Rüdiger Görner

in diesem Heft 8, 40, 50

AGENDA 51

IMPRESSUM 52

AUTORINNEN UND AUTOREN 52

Mehr Mündigkeit, auch im Gesundheitswesen

Das schweizerische Gesundheitswesen basiert auf einer komplexen Mischung von Verantwortlichkeiten, an denen die pflichtversicherten Individuen, die Krankenkassen und Krankenversicherungen sowie die Gemeinden, Kantone und der Bund teilhaben. Die im Jahre 1996 in Kraft getretene Revision des Eidgenössischen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) brachte mehr Wettbewerb und eine erhöhte wirtschaftliche Selbstverantwortung der Krankenkassen mit sich, löste aber die enge Verbindung von Gesundheitspolitik und Sozialpolitik nicht auf. Das Thema Krankenversicherungsreform bleibt auch in der Schweiz auf der politischen Traktandenliste.

Die Krankenversicherung soll in erster Linie die Mündigkeit des Menschen respektieren, die Eigenverantwortung stärken und Spielraum für freie Wahlentscheide lassen. Sie muss auch wirksame Mechanismen zur Kostendämpfung im kollektiv finanzierten Anteil enthalten. Im individuell finanzierten Bereich sollen alle in ihre Gesundheitsversorgung und -vorsorge nach eigenen Präferenzen und nach eigener Risikobewertung investieren.

Kostendämpfung als solche ist kein gesundheitspolitisches Ziel. Solange das Preis-/Leistungsverhältnis stimmt, ist gegen steigende Kosten für steigende Qualität nichts einzuwenden. Da Gesundheit ein hohes, wertvolles Gut ist, sind hohe Gesundheitsausgaben, wenn sie auf privatautonomem Entscheiden beruhen, eine positiv zu bewertende Begleiterscheinung wachsenden Wohlstandes. Selbst steigende öffentliche Investitionen in die Gesundheit sind nicht abzulehnen, wenn sie auf einer rationalen kollektiven Entscheidung und auf einem transparenten, nachhaltig praktikierbaren Finanzierungsmodus beruhen. Gesundheitspolitik soll grundsätzlich von der Sozialpolitik getrennt werden und sich auf das Ziel der Qualitätssteigerung konzentrieren. Wieviel Umverteilung damit verbunden werden soll, ist eine sozialpolitische und keine gesundheitspolitische Entscheidung.

Der Staat soll lediglich Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer neue Strukturen nonzentral und in einem Wettbewerb der kleineren Einheiten gefunden werden können.

ROBERT NEF